Classe politique

Das Angola-Problem der SBB-Präsidentin

Parlamentskommission weitet Untersuchung zu heiklem Mandat von Monika Rühl aus

Die wegen der Engagement von Monika Rühl [illegible]

Turbulenzen in Stoffels Valser Hotel

Im Valser Rosalpina [illegible]

Überparteiliche Initiative will Staatskunde fördern

Nationalräte von SP bis SVP fordern, dass der Bund die politische Bildung in den Berufsschulen unterstützt.

Stefan Bühler

Für Politiker ist es gewissermassen ein Lobbying in eigener Sache: Mit der Förderung der politischen Bildung in den Berufsschulen sollen Jugendliche befähigt werden, sich an den politischen Diskussionen und – wenn sie volljährig sind – am politischen Geschehen zu beteiligen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass im Parlament in Bern immer wieder Vorstösse eingereicht werden, die sich in der einen oder anderen Weise für die politische Bildung, oder einfacher gesagt, für den Staatskundeunterricht an den Schulen stark machen.

Zuletzt hat in der vergangenen Woche die Berner SP-Nationalrätin Nadine Masshardt eine Parlamentarische Initiative eingereicht, mit der sie den Bund auffordert, sich finanziell an den Kosten der politischen Bildung in der Berufsbildung zu beteiligen. Sie hat für ihr Anliegen Mitunterzeichner aus allen Parteien gefunden: So unterstützt etwa Lisa Mazzone (GE) von den Grünen die Initiative ebenso wie BDP-Vertreter Bernhard Guhl (AG), der freisinnige Christian Wasserfallen (BE) und SVP-Nationalrat Lukas Reimann (SG).

Masshardt weist in dem Vorstoss darauf hin, dass der Bundesrat selbst mehrmals betont habe, wie wichtig politische Bildung für das Funktionieren der direkten Demokratie sei. Und sie erinnert an eine Studie des Forschungsinstituts GfS Bern, das nachgewiesen habe, «dass bei Berufsschülerinnen und Berufsschülern ein besonderer Förderbedarf besteht». Kein Zweifel, «die politische Bildung ist von öffentlichem Interesse», sagt Masshardt. Insofern sei auch die gesetzliche Grundlage gegeben für eine finanzielle Förderung des Unterrichts durch den Bund.

Nadine Masshardt wie auch die meisten ihrer Mitunterzeichner zählen zu den jüngeren Parlamentariern. «Viele von uns haben oft Schulklassen zu Besuch im Bundeshaus», sagt sie, «dabei sehen wir, wie gross das Interesse der Schülerinnen und Schüler ist. Es ist für uns auch von daher ein Anliegen, dass der staatskundliche Unterricht und zum Beispiel solche Besuche in Bern nicht an den Finanzen scheitern.»